Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzer Straße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3693.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 613. **Dienstag** den 2. Dezember 1902. **96. Jahrgang.**

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 2. Dezember.

Aus dem Reichstage.

Wir haben neulich einmal, nachdem der Abg. Richter im Reichstage ein kräftiges Wort gegen die Obstruktionsmanöver der Sozialdemokraten gesprochen hatte, ausgeführt, was der Führer der Freisinnigen Volkspartei noch über die Obstruktion im allgemeinen und über das Gebahren Bebels und seiner Fraktionsgenossen im speziellen hätte sagen können. Gestern hat nun Herr Richter — und das war das Hauptereignis der Sitzung — seine damalige Rede ergänzt, und zwar in allem Wesentlichen so, wie wir es an seiner Stelle getan hätten. Er stellte fest, in welchen Fällen nach seiner Ueberzeugung die Obstruktion nicht nur erlaubt, sondern auch geboten sein könnte, und verurteilte dann um so schärfer und vernichtender die sozialdemokratische Obstruktion nicht nur im vorliegenden Falle, sondern auch in der Art ihrer Ausführung. Er nannte den Obstruktionsfeldzug gegen den Zolltarif einen Kampf nicht gegen die Sache, sondern gegen die Zeit, verurteilte scharf das Suspensivveto der Minorität und deren Plan, die Beratung eines Gesetzentwurfes zu verhindern, der die Grundlagen der parlamentarischen Konstitution erschüttere. Unter stürmischer Heiterkeit und tosendem Beifall der Mehrheit wiederholte er drastisch seinen schon in der „Freisinnigen Zeitung" geführten Nachweis, daß das obstruktionistische Verhalten der Sozialdemokratie und der Freisinnigen Vereinigung, die von den Vorgängen hinter den Kulissen keine Ahnung gehabt, die Bildung der Mehrheit für die geschäftsordnungswidrige Erzwingung der Verabschiedung des Zolltarifes erleichtert und die Absicht der Freisinnigen Volkspartei, den Zolltarif durch sachliche Beratung ohne Obstruktion zu Fall zu bringen, zu Schanden gemacht hätten. Es müsse, führte er weiter aus, nach seiner Meinung eine jammervolle Majorität sein, die sich diese fortgesetzte Provokation gefallen ließe, ohne Maßregeln dagegen zu ergreifen. Die Sache habe schon den Charakter eines Sportes angenommen, der für das Parlament, wie für jedes Mitglied eine Beleidigung sei. Der Anspruch, die Mehrheit an der Beschlußfassung über eine Vorlage hindern zu dürfen, um „das Volk entscheiden zu lassen", sei unberechtigt, da es in Deutschland eine Volksabstimmung, wie in der Schweiz, nicht gebe. Leider ließ seine Rede, trotz ihrer Schneidigkeit und erschütternden Wirkung auf das ganze Haus, doch noch eine empfindliche Lücke. Denn obwohl er, wie gesagt, anerkannte, daß die Majorität geradezu verpflichtet wäre, Maßregeln gegen den „Sport" der Sozialdemokraten und der Freisinnigen Vereinigung zu ergreifen, und obgleich er die Zulässigkeit des Antrages Kardorff bestritt, unterließ er es, die Maßregeln zu bezeichnen, die er für gerechtfertigt hält. Trotz dieser Lücke aber kann man die Rede als ein parlamentarisches Ereignis ersten Ranges bezeichnen, da sie den Sozialdemokraten und ihren Bundesgenossen von der Freisinnigen Vereinigung keinen Zweifel an der Entschlossenheit der Freisinnigen und der Süddeutschen Volkspartei läßt, alle ihnen als zulässig erscheinenden Mittel anzuwenden, um den Obstruktionsmanövern gegen die Verabschiedung der Tarifvorlage ein Ende zu bereiten. Wahrscheinlich hatten die von ihm so scharf angegriffenen Fraktionen vorher von seiner Absicht, das Wort zu ergreifen, gehört, wenigstens hüteten sie sich sorgfältig, ihm durch lärmende Zwischenrufe neues Angriffsmaterial zu liefern. Herr Bebel versuchte es zwar, ihn zu widerlegen, fühlte aber sichtlich die Keulenschläge Richters noch so sehr in allen Gliedern, daß er seine lahmen Rechtfertigungsversuche nicht einmal in der gewohnten Haltung vorzubringen vermochte. Eine Ergänzung zu Richters Rede bildete die des Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses von Kröcher, der seinen konservativen Parteigenossen sowie den übrigen Schuldigen an der gähnenden Leere des Hauses bei wichtigen Debatten derb den Text las. Nebenbei verriet Herr v. Kröcher die bösen Erfahrungen, die er privatim mit der Presse gemacht hat, mit der konservativen nämlich. Herr v. Kröcher ist selbst unter die Zeitungsschreiber gegangen, zweimal hat er einen „bahnbrechenen Artikel" über die Mandatsfaulheit seiner Freunde in den beiden konservativen Reichstagsfraktionen geschrieben. Aber drei konservative Blätter Berlins haben die Aufnahme abgelehnt, worauf Herr v. Kröcher sich damit in die „Pommersche Reichspost" flüchten mußte, mit dem Effekt, daß die konservativen Berliner Zeitungen den Artikel ungeachtet der Bitte des Verfassers, ihn nunmehr wenigstens abzudrucken, todschwiegen. Für den, der weiß, was hinter den Kulissen vorgeht, war die Rede des Herrn v. Kröcher endlich noch dadurch interessant, daß sie mit der Aufforderung schloß, nun endlich Taten sehen zu lassen, nachdem schon so viel über die Zulässigkeit des Antrags Kardorff gesprochen worden sei. Das läßt auf die Absicht der Mehrheit schließen, auf Grund eines Präzedenzfalles aus der Aera des Reichstagspräsidenten v. Forckenbeck die Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit des Antrages Kardorff heute zu schließen, diesen Antrag anzunehmen und die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes zum Abschlusse zu bringen, dann in die dritte Lesung einzutreten und somit den ganzen Zolltarif vor Weihnachten zu verabschieden. Zu erwähnen ist endlich noch die Rede des Abg. Dr. Sattler, der mit der großen Mehrzahl der Nationalliberalen in dem Antrag Kardorff keinen Bruch der Geschäftsordnung sieht. Nicht durch diesen Antrag, so führte er aus, sondern durch die Brüllerei der Sozialdemokraten sei das Ansehen des Reichstages heruntergedrückt worden. Der Wortlaut der Geschäftsordnung widerspreche dem Antrage nicht; die Behandlung des Zolltarifs gemäß dem Antrage Kardorff sei nach dem Wortlaute der Geschäftsordnung zulässig. Im Interesse der Landwirtschaft und aller Industriezweige, besonders aber auch im Interesse der Arbeiterschaft, müsse der Zolltarif angenommen werden. Die Lage habe sich dahin zugespitzt, ob es achtundfünfzig lungenkräftigen Leuten gestattet sein dürfe, den deutschen Parlamentarismus aktionsunfähig zu machen, womit die Waffe der Obstruktion ein für alle Mal in das Arsenal des parlamentarischen Kampfes aufgenommen sein würde. Abg. Dr. Sattler schloß mit der Bitte an alle nationalliberalen Freunde im Lande, „die sich noch nicht mit dem Antrage Kardorff befreunden können, sich in unsere Lage hineinzuversetzen und von diesem Standpunkte aus die Richtigkeit unseres Vorgehens anzuerkennen." — Wie die „Freis. Ztg." feststellt, war der Reichstag auch gestern beschlußunfähig, so daß auf privates Verlangen der Sozialdemokraten die Parteien in die Vertagung willigen mußten.

Zum Zollkompromiß.

Es geschieht offenbar aus Rücksicht auf den Bund der Landwirte, wenn die „Kreuzztg." von der Verständigung über den Zolltarif behauptet, daß dabei die Landwirtschaft wieder einmal recht schlecht weggekommen sei und sich mit dem Allernotwendigsten begnügen müsse. Von dieser Auffassung unterscheidet sich ganz wesentlich die des Zentrums. Und zwar kommt nicht allein in preußischen Zentrumsorganen die Befriedigung über das Zollkompromiß zu Tage, sondern auch in dem offiziellen Blatte der bayerischen Zentrumspartei. Je geringschätziger die „Kreuzztg." das Zollkompromiß vom Standpunkte der Landwirtschaft aus behandelt, um so mehr ist es angezeigt, die Gründe hervorzuheben, aus denen das bayerische Zentrumsorgan mit dem Zollkompromiß durchaus einverstanden ist. Es sind deren zehn und ihr wichtigster Inhalt läßt sich wie folgt zusammenfassen: 1) die Landwirtschaft erhält einen gesetzlich festgelegten Mindest-Mehrzoll, der für Weizen 57 Prozent, für Roggen 48 Prozent, für Hafer 78 Prozent, für Gerste 100 Prozent des bisherigen Zolls ausmacht; 2) die Zollsätze für die übrigen Hauptprodukte der Landwirtschaft, insbesondere für die der Viehzucht, sind wesentlich erhöht, so daß sie z. B. bei Ochsen 320 Prozent, bei Rühen 700 Prozent, bei Schweinen 200 Prozent betragen und auch dann noch wirksam sein werden, wenn durch Handelsverträge eine Ermäßigung eintritt; 3) zum Schutze des deutschen Schalwaldes wird das bisher zollfreie Quebrachoholz mit einem Zoll von 7 ℳ pro Doppelzentner belegt, das Gerbrindenholz mit 1,50 ℳ an Stelle der bisherigen 50 Pfg.; 4) der Hopfenzoll ist pro Doppelzentner von 20 auf 70 ℳ erhöht; 5) für bisher zollfreie Gemüse u. ä. ist ein angemessener Schutzzoll erreicht; 6) und 7) die zollfreien Transitläger werden auf das wirkliche Bedürfnis beschränkt und die Stundung des Zolles für Getreide fällt fort; 8) und 9) die Gefahr, daß bei Ablehnung des Tarifs die alten Handelsverträge fortbestehen oder daß über neue nur auf Grund des alten niedrigen Tarifs verhandelt werden könne, ist ebensowenig zu unterschätzen, wie die Gefahr, daß ein künftiger Reichstag eine der Landwirtschaft günstige Mehrheit nicht aufweisen werde; 10) die Erledigung des Tarifs bedeutet einen Sieg über die sozialdemokratische Obstruktion, dessen moralische Wirkung ins Gewicht falle, und entziehe den Hetzereien des Bundes der Landwirte den Boden. — In einem zweiten Artikel des „Bayerischen Kuriers" wird die Bedeutung erörtert, die der nationalliberalen Partei für den Abschluß des Zollkampfes beizumessen ist. Das Zentrum fand sich hiernach auf die Nationalliberalen deshalb angewiesen, weil etwa die Hälfte der Konservativen, als im Fahrwasser des Bundes der Landwirte segelnd, nicht sicher in die Rechnung eingesetzt werden konnten. Sodann war der Triumph der Sozialdemokratie nur durch eine summarische Annahme des Tarifs zu verhindern. Diese aber konnte gegenüber dem leidenschaftlichen Widerstande der Opposition nur durch eine große, geschlossene Mehrheit durchgeführt werden, die nur mit Hülfe der Nationalliberalen zu finden war. — So weit das Urteil des bayerischen Zentrumsorgans! Man wird gut tun, dasselbe im Gedächtnis zu behalten. Denn gerade im klerikalen Lager, und gerade in Bayern, ist wohl die Zeit nicht fern, da man den Anteil der Nationalliberalen an der Durchführung des großen Tarifwerkes wird herabsetzen und verkleinern wollen.

Der Protestantismus in Ungarn.

Außerordentlich bedenklich ist die Lage des Protestantismus in Ungarn. Letzteres ist das Land Europas, in dem bisher keine dem Evangelischen Bund verwandten Bestrebungen sich innerhalb der protestantischen Kirche geltend gemacht haben, in dem aber auch wohl allein in Europa der Protestantismus durch Uebertritte, und dies in erschreckender Weise, Terrain verliert. In den letzten sechs Jahren, 1896 bis 1901, sind in Ungarn ausgetreten: Aus der römisch-katholischen Kirche 5405 Personen, aus der griechisch-katholischen Kirche 1248, aus der griechisch-orientalischen Kirche 9887, aus der lutherischen Kirche 4203, aus der reformierten Kirche 9170, Unitarier 1199, Israeliten 2158. Gewonnen haben die einzelnen Kirchengemeinschaften: Römisch-katholische Kirche 13 582 Personen, griechisch-katholische Kirche 8425, griechisch-orientalische Kirche 4004, lutherische Kirche 2612, reformierte Kirche 5287, Unitarier 1436, Israeliten 519. Den Uebertritt nahmen wieder zurück: Römisch-katholische 316 Personen, Griechisch-katholische 1, Griechisch-orientalische 19, Lutheraner 95, Reformierte 85, Unitarier 1, Israeliten 39. Eine Vermehrung bezw. ein Verlust fand also statt (durch Uebertritt):

Römisch-katholische + 7858 Personen, Griechisch-katholische + 7176, Griechisch-orientalische — 4482, Unitarier + 299, Israeliten — 1600, Lutheraner — 1684, Reformierte — 3968.

Die Lage ist derart, daß der Günstling des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand, Graf Zichy, auf dem ungarischen Katholikentag im Jahre 1901 die Losung ausgeben konnte: Ungarn müsse wieder zu einem römisch-katholischen Lande gemacht werden! Vor einigen Wochen erklärte sogar der ehemalige ungarische Ministerpräsident Baron D. Banffy als Oberkurator der reformierten Kirche in Siebenbürgen: „Schwere Zeiten sind über uns hereingebrochen. Mit Angst und Bangen blicken wir um uns. Schaudernd sehen wir die Gefahr, drohende Gespenster der Vergangenheit aus ihrem längst vergessenen Schlupfwinkel hervorkriechen. Wir fühlen es, daß wir handeln müssen, wir fühlen es, daß wir dagegen etwas tun müssen, und doch stehen wir ratlos da." Die Gegenmittel dürfen indes nicht so schwer zu finden sein. In Debrezin, dem „calvinistischen Rom", wie es genannt wird, machte die römische Propaganda besondere Fortschritte. Da entschloß sich ein dortiger evangelischer Geistlicher, die Schrift: „St. Petrus und die römische Kirche" ins Ungarische zu übersetzen. Hierauf entstand eine so erfreuliche evangelische Gegenbewegung, daß sogar der seit mehreren Jahren dort arbeitende römische Titularbischof die Stadt verließ und sich einen andern Wirkungskreis suchte. Solche Fingerzeige sollten die ungarischen Protestanten befolgen, wenn sie und ihr Land nicht unter ultramontaner Herrschaft zu Grunde gehen wollen. Ungarn braucht protestantische Aufklärungsarbeit. Bildete sich auch dort ein Evangelischer Bund, so würde sich das Bild bald ändern!

Ein griechisches Schimpfwort zu der Mordtat an Bord der „Loreley".

Die „Akropolis" schreibt in sehr ruhiger und würdiger Weise: Selten hat das hellenische Volk einen so tiefen Anteil an einem eine fremde Nation betreffenden Verbrechen genommen, wie an dem auf der „Loreley" verübten Morde. Gewiß hatte der erste Verdacht, daß

Feuilleton.

Der Untersuchungsrichter.

Roman von Heinrich Hornfeld.

Nachdruck verboten.

Mit einer unwillkürlichen Bewegung hob der Assessor sein Gesicht; seine Mienen belebte ein sichtliches Interesse.

„Worin hat Ihr Herr Bruder recht?" fragte er lauernd.

„Mit seiner Behauptung, daß Sie ihn absichtlich gereizt haben, daß Sie geflissentlich darauf ausgingen, einen Streit mit ihm zu provozieren. Ihr Verhalten beweist mir das."

Herr Wrede zuckte mit den Achseln.

„Das sind Ansichten, Empfindungen", sagte er ablehnend, „über die zu disputieren überflüssig sein dürfte."

In dem Landrichter schlug es wie eine Flamme hoch. Seine Hände ballten sich unwillkürlich. Er mußte sich Gewalt antun, um nicht zornig aufzuspringen. Die Worte, die Mienen und das ganze Benehmen des Mannes, der ihm da so ruhig gegenübersaß, als verhandelten sie irgend eine gleichgültige, selbstverständliche Sache, reizten ihn aufs äußerste. Und er konnte es nicht verhindern, daß sein Gesicht wenigstens seine Empfindungen widerspiegelte und seine Stimme vor Entrüstung bebte, während er erwiderte: „Ich sehe, daß er recht hat und auch darin hat er wohl nicht geirrt, wenn er meinte, Sie hätten auch schon vorher allem Anschein nach Feindseligkeit gegen ihn empfunden, als wenn Sie Grund zu einer besonderen Gehässigkeit ihm gegenüber zu haben glaubten."

„Vielleicht", äußerte der Assessor gelassen, während sein Gesicht die Maske undurchdringlicher, kalter Ruhe bewahrte.

„Aha! Ihr halbes Zugeständnis ist mir wertvoll. Und ich sehe nun klar. Sie haben das sehr geschickt einzurichten verstanden, das muß ich sagen, sehr geschickt. Als Beleidigter haben Sie den ersten Schuß —"

Der Regierungsassessor fuhr mit einem Ruck in die Höhe.

„Herr Landrichter, sind Sie hierher gekommen, um mich zu brüskieren?"

Herbert Deinhard atmete tief. Dann erhob er sich und strich sich mit zitternder Hand über die feuchte Stirn. Zugleich empfand er mit quälendem Unbehagen, daß er sich allzuweit hatte hinreißen lassen. Hatte er denn in seinem Berufe nicht gelernt, Mäßigung zu üben und sein kaltes Blut zu bewahren? Freilich, es handelte sich um das Teuerste für ihn auf Erden, um das Leben seines Bruders.

„Ich bin zu Ihnen gekommen", sagte er ruhiger, „um eine Verständigung mit Ihnen zu suchen. Leider sehe ich, daß Sie nicht den Frieden, sondern den Kampf wollen."

„Ich bemerkte Ihnen bereits, daß die Schwere der mir widerfahrenen Beleidigung mich dazu zwingt."

Der Landrichter tat unwillkürlich einen Schritt nach seinem Gegner hin.

„Sie irren", rief er. „Mein Bruder wird sich nicht vor Ihre Pistole stellen."

„Ihr Herr Bruder ist Offizier und kann als solcher sich nicht weigern, mir Satisfaktion zu geben."

Der Landrichter sah seinem Gegenüber mit flammenden Augen in das kalt blickende, hochmütige Gesicht.

„Ich werde ihn daran hindern."

„Dann würden Sie nicht im Interesse Ihres Herrn Bruders handeln."

Der Landrichter lachte kurz auf.

„Nicht in seinem Interesse? Das Leben meines Bruders ist für mich das höchste Gut, ist mir heilig. Und ich sollte nicht dazwischen treten, wenn ich sehe, daß Sie darauf ausgehen, ihn über den Haufen zu schießen, weil er Ihnen irgendwo im Wege zu stehen scheint? Ich werde Sie daran hindern, das ist meine Pflicht, und wenn ich Sie selbst vor meine Pistole fordern sollte."

Der Regierungsassessor verneigte sich mit einer Verbeugung und mit einer Miene, die etwas Spöttisches und Höhnisches hatte.

„Ich werde mich Ihnen nicht entziehen, Herr Landrichter", sagte er, „wenn Sie mich durchaus zu einem Kampfe zwingen wollen, aber ich bemerke Ihnen, daß ich mich Ihnen nicht eher zur Verfügung stellen kann, als bis meine Angelegenheit mit Ihrem Herrn Bruder erledigt ist."

Der Landrichter biß seine Zähne zusammen.

„Ich erklärte Ihnen schon", erwiderte er, „daß ich einen Zweikampf zwischen Ihnen und meinem Bruder nicht zulassen werde."

„Ich glaube nicht, daß Sie Ihren Herrn Bruder an der Ausübung seiner Ehrenpflicht werden hindern können."

„Das wollen wir sehen. Zuerst werde ich mich an seinen Kommandeur wenden."

Der Assessor zuckte geringschätzig mit den Achseln.

„Ich kann Sie nicht davon zurückhalten, wenn Sie glauben, einen solchen Schritt vor Ihrem Herrn Bruder verantworten zu können."

Der Landrichter erwiderte nichts. Er verneigte sich kurz und ging.

Drittes Kapitel.

Als Herbert Deinhard auf die Straße trat, sah er nach der Uhr. Es war die höchste Zeit, zum Gericht zu gehen. Noch nie in seinem Leben war ihm die Ausübung seiner Berufspflichten so schwer geworden, wie an diesem Vormittag. Während fieberhafte Unruhe in ihm glühte, mußte er dem Vortrage der Anwälte folgen, mußte er Parteien und Zeugen vernehmen, Protokolle diktieren und sich ein Urteil bilden. Zum Glück kam ihm ein Zufall zu Hülfe, zwei Streitfälle kamen überhaupt nicht zur Verhandlung, da die Parteien zwecks gütlicher Ausgleichsversuche Vertagung beantragten; in ein paar anderen Sachen wurden nach kurzer Verhandlung neue Beweistermine beschlossen, und schon um halb zwölf Uhr konnte der Landrichter das Gerichtsgebäude verlassen. Zunächst begab er sich nach Hause. Sein Bruder kam ihm beim Eintritt in den Flur aufgeregt, mit verstörter Miene entgegen.

„Gott sei Dank, daß du da bist!" rief er.

Der Landrichter legte ab und ging mit Paul in sein Arbeitszimmer. Er selbst bemühte sich, eine ruhige, gefaßte Miene zur Schau zu tragen, während Paul mit erhitztem Gesicht vor ihm stand.

„Scheußliche Situation!" rief der Leutnant. „Was soll ich nun tun? Hildegard erwartet mich. Was soll sie denken, wenn ich nun nach dem, was heute Nacht zwischen uns vorgefallen ist, nichts von mir hören lasse? Womöglich hat sie ihren Eltern schon mitgeteilt —"

Er reckte mit einer verzweifelten Gebärde beide Arme in die Luft.

Der Landrichter klopfte dem Erregten beruhigend auf die Schulter.

„Ich werde mit dem Staatsanwalt sprechen."

„Und du wirst ihm sagen —?"

„Ich werde ihm alles mitteilen."

Der Leutnant nickte.

„Gut! Es geht nicht anders. Eine Aufklärung muß man ihm geben. Du tust mir einen großen Gefallen, Herbert."

Der Aeltere machte eine abwehrende Handbewegung und sah darauf seinem Bruder forschend, mit geheimer Unruhe in die Augen.

„Hat Wrede etwas von sich hören lassen?" fragte er.

Der Leutnant nickte.

„Er hat mir seine Zeugen geschickt."

Der Landrichter biß sich auf die Lippen; seine Hände ballten sich.

„Also wirklich?" entfuhr es ihm unwillkürlich.

Paul Deinhard sah seinen Bruder erstaunt an.

„Hast du das anders erwartet?"

„Ich glaubte allerdings, die Angelegenheit würde sich durch eine beiderseitige Erklärung aus der Welt schaffen lassen."

Der Leutnant runzelte seine Stirn.

„Hast du dich in dieser Hinsicht bemüht?"

„Ja. Ich war bei Wrede."

„Ah!" Der Leutnant zuckte zusammen. „Hoffentlich bist du ihm nicht weiter entgegengekommen, als es sich mit meiner Ehre verträgt."

„Natürlich nicht. Uebrigens war unsere Unterredung sehr kurz. Er wies den Gedanken an eine gütliche Beilegung schroff zurück."

Des Leutnants Augen blitzten.

„Ich sagte es dir ja. Von Wredes Seite liegt eine ganz bestimmte Absicht vor. Schade, daß du ihn überhaupt aufgesucht hast."

„Der Versuch mußte jedenfalls gemacht werden. Das war ich dir und mir schuldig. Er hat dich also gefordert — auf Pistolen?"

„Natürlich."

„Und du?"

„Ich habe meine Kameraden v. Brachwitz und Hollen ersucht, sich mit seinen Kartellträgern bezüglich des weiteren in Verbindung zu setzen."

Der Landrichter machte eine zusammenfahrende Bewegung und blickte eine Weile zu Boden. Dann erhob er mit der Miene des Vorwurfs sein Gesicht.

„Warum hast du mich nicht zu einem deiner Kartellträger gewählt?"

„Ich sagte mir, daß dir ein solcher Auftrag unangenehm sein müßte, deiner richterlichen Stellung wegen."

„Hm, ja! Du hast recht; es ist vielleicht besser so. Ist schon etwas betreffs der Bestimmungen verabredet?"

„Noch nicht. Das ist Sache der Sekundanten. Ich

SLUB
Wir führen Wissen.